780 ff. BGB), durch Anwendung der allg. Rechtsscheingrundsätze unanwendbar werden können (Frage: Anwendung des § 350 auf den Scheinkaufmann?). Die Rspr. tendiert dazu, dem Verkehrsschutz den Vorrang zu geben (OLG Frankfurt a. M. BB 1974, 1367, zu § 38 I ZPO; dgg betrifft BGHZ 36, 278 Fall, in dem sich Dritter auf wahre Rechtslage berief). Dgg besteht ein Teil der Lehre auf dem Vorrang der zwingenden Schutznormen (Oetker/Körber Rn. 60). Allg. anerkannt ist der Vorrang des Schutzes Geschäftsunfähiger (→ Rn. 54). IÜ sind die Wertungen des HRefG maßgebend: Einerseits nehmen §§ 407 III 2 Hs. 2, 453 III 2 Hs. 2, 467 III 2 Hs. 2 Kleingewerbetreibende ausdr. von §§ 348–350 aus, andererseits öffnet § 2 den Kleingewerbetreibenden den Weg in das HGB; insoweit besteht kein Anlass mehr, zwingende Schutznormen zulasten des Verkehrsschutzes durchzusetzen (Canaris § 6 Rn. 23; Ebenroth/Boujong/Kindler § 5 Rn. 83; Hübner Rn. 77; aA Hopt/Merkt § 5 Rn. 16); dasselbe sollte für Land- u. Forstwirte iSv § 3 II gelten, die als Scheinkaufmann auftreten (Ebenroth/Boujong/Kindler § 5 Rn. 83); aus Gründen der Gleichbehandlung ebenfalls für Freiberufler (Canaris § 6 Rn. 24; RGH/Ries Anh. § 5 Rn. 45; aA Staub/Koller Vor § 343 Rn. 38). Für **nichtunternehmerisch** tätige Personen verbleibt es dgg bei der Anwendung der Schutznormen (zutr. Canaris § 6 Rn. 25; str.). Zur Prokura → § 48 Rn. 2.

c) Beeinträchtigung von Drittinteressen. Die Rechtsscheingrundsätze wirken nicht zu Lasten unbeteiligter Dritter (RGH/Ries Anh. § 5 Rn. 47). Grund: Die Rechtsscheinhaftung betrifft nur das Verhältnis des Rechtsscheinverantwortlichen zu seinem auf den Rechtsschein vertrauenden Partner. Aber: Nachteilige (Reflex-)Wirkungen als Konsequenz der Berufung auf Rechtsschein sind von unbeteiligten Dritten hinzunehmen. Str. ist, ob gutgl Erwerb vom Scheinkaufmann gem. § 366 I zu Lasten des Dritten möglich ist (offen in BGH NJW 1999, 426; dgg Hopt/Merkt § 5 Rn. 16; Ebenroth/Boujong/Kindler § 5 Rn. 66; OLG Düsseldorf NJW-RR 1999, 616). Dies trifft zu: Rechtsverlust auf Seiten des Dritten ist Konsequenz zurechenbarer Publizität des Besitzes. IÜ verliert der wahre Berechtigte sein Recht ohne weiteres, wenn der Scheinkaufmann als **Eigentümer** auftritt (Canaris § 6 Rn. 26). **60**

d) Irrtumsanfechtung. Eine Anfechtung des Rechtsscheinverhaltens scheidet nicht schon deshalb aus, weil die Zurechnung des Rechtsscheins einer Willenserklärung willensunabhängig erfolgt. Für eine (analoge) Anwendbarkeit der §§ 119 ff. BGB spricht, dass die Setzung des Rechtsscheins nicht strenger binden sollte als die Willenserklärung (Grüneberg/Ellenberger § 172 Rn. 16). Aber bes. Gründe des Verkehrsschutzes können die Berufung auf §§ 119 ff. BGB (nicht: § 123 BGB; aA Hopt/Merkt § 5 Rn. 11) ausschließen; → Vor § 343 Rn. 5 ff. Nach hL berechtigt zumindest ein Irrtum über die Bedeutung des maßgeblichen Verhaltens als Rechtsscheintatbestand nicht zu einer Anfechtung gem. § 119 I 1 BGB (v. Gierke/Sandrock § 12 III 2a; Ebenroth/Boujong/Kindler § 5 Rn. 79; Grüneberg/Ellenberger § 172 Rn. 16 f.; aA Kindl 99, 118; MüKoHGB/Krebs vor § 48 Rn. 63 ff. mwN). Die Begründung, es handele sich bloß um einen Irrtum über ex lege eintretende Rechtsfolgen, überzeugt nicht; es besteht Wertungsgleichheit mit den Fällen fehlenden Erklärungsbewusstseins, bei denen eine Anfechtung analog § 119 I BGB von BGHZ 91, 329 zugelassen wird (→ Rn. 37). Entscheidend ist vielmehr: Dem Kaufmann (auch: Scheinkaufmann) ist aus Gründen **gesteigerten Verkehrsschutzes** eine Berufung auf § 119 I BGB zu versagen (Hopt/Merkt § 5 Rn. 11). **61**

§ 15a Öffentliche Zustellung

[1]Ist bei einer juristischen Person, die zur Anmeldung einer inländischen Geschäftsanschrift zum Handelsregister verpflichtet ist, der Zugang einer Willenserklärung nicht unter der eingetragenen Anschrift oder einer im

Handelsregister eingetragenen Anschrift einer für Zustellungen empfangsberechtigten Person oder einer ohne Ermittlungen bekannten anderen inländischen Anschrift möglich, kann die Zustellung nach den für die öffentliche Zustellung geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung erfolgen. [2]Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk sich die eingetragene inländische Geschäftsanschrift der Gesellschaft befindet. [3]§ 132 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt unberührt.

1 **1. Zweck.** Die Regelung, durch G v. 23.10.2008 (BGBl. 2008 I 2026) (MoMiG) eingefügt, will die mit sog. Firmenbestattungen einhergehenden Missbräuche eingrenzen. Es geht um Zugangserleichterungen, die durch Zugangs- u. Zustellungsfiktionen erreicht werden sollen.

2 **2. Anwendungsbereich.** Der Anwendungsbereich der Norm erstreckt sich nur auf jur. Personen (AG, GmbH, SE). Nicht: Einzelkaufleute u. PershandelsGes, eG (nicht im Handelsregister eintragbar). Die Norm gilt nur für Ges., die (durch das MoMiG, → Rn. 1, eingeführt) zur Anmeldung einer inländ. Geschäftsanschrift verpflichtet sind, Art. 64 EGHGB (§§ 13 I 1, II, 13d II, 13e II 3, 13f III, 13g III; § 10 I 1 GmbHG, § 39 I 1 AktG); nicht: § 33 (Staub/Koch/Harnos Rn. 4).

3 **3. Öffentliche Zustellung (S. 1). a) Allgemeines.** Öffentliche Zustellung erfolgt nach § 186 I ZPO durch (Ermessens-) Entscheidung des Prozessgerichts; Zuständigkeit: Amtsgericht im Bezirk der inländ. Geschäftsanschrift, S. 2; auch ohne mündliche Verhandlung. Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung mittels Aushang o. Einstellung in ein elektronisches Informationssystem; Einzelheiten in §§ 186 II, 187 ZPO. **Wirkung:** mit öffentlicher Zustellung gilt Zugang als bewirkt (vgl. § 132 BGB); Zugangsfiktion.

4 **b) Voraussetzungen. aa) S. 1,** § 185 Nr. 2 ZPO schaffen (inhaltlich gleichlaufend) einen neuen Tatbestand der öffentlichen Zustellung neben § 185 Nr. 1, 3, 4 ZPO. Folge: Kenntnis des ausl. Wohnsitzes von empfangsberechtigten Personen sperrt nicht (Oetker/Preuß Rn. 22; Staub/Koch/Harnos Rn. 15). Öffentliche Zustellung (im Anwendungsbereich der Norm; → Rn. 2) nur zulässig, wenn Zugang von Willenserklärungen auf den drei in **S. 1** genannten Wegen nicht erreichbar (Subsidiarität). **bb) S. 1** greift nur ein, wenn (1) Zugang der Willenserklärung bei der jur. Person unter der im Handelsregister eingetragenen Anschrift nicht möglich (§ 13e III 2; vgl. § 35 I 2, II 2, 3 GmbHG, § 78 II 2, 3 AktG) o. Anschrift im Handelsregister nicht eingetragen (LG Zwickau WM 2010, 2099); (2) Zustellung an eine empfangsberechtigte Person unter ihrer im Handelsregister eingetragenen Anschrift (§§ 35 I 2, II 4, 10 II 2 GmbHG, §§ 78 II 4, 39 I 2 AktG, sowie für Zweigniederlassungen ausl. Gesellschaften: §§ 13e II 4, III a, 13f III, 13g III) nicht möglich o. (3) eine andere inländ. Anschrift der in (1) u. (2) genannten Adressaten ohne weitere Ermittlungen nicht bekannt ist; dh: nur positive Kenntnis der genauen Adresse sperrt (Hopt/Merkt Rn. 2; Oetker/Preuß Rn. 21).

§ 16 [Entscheidung des Prozessgerichts]

(1) **[1]Ist durch eine rechtskräftige oder vollstreckbare Entscheidung des Prozeßgerichts die Verpflichtung zur Mitwirkung bei einer Anmeldung zum Handelsregister oder ein Rechtsverhältnis, bezüglich dessen eine Eintragung zu erfolgen hat, gegen einen von mehreren bei der Vornahme der Anmeldung Beteiligten festgestellt, so genügt zur Eintragung die Anmeldung der übrigen Beteiligten. [2]Wird die Entscheidung, auf Grund deren die Eintragung erfolgt ist, aufgehoben, so ist dies auf Antrag eines der Beteiligten in das Handelsregister einzutragen.**

(2) **Ist durch eine rechtskräftige oder vollstreckbare Entscheidung des Prozeßgerichts die Vornahme einer Eintragung für unzulässig erklärt, so darf die Eintragung nicht gegen den Widerspruch desjenigen erfolgen, welcher die Entscheidung erwirkt hat.**

1. Allgemeines. a) Inhalt. § 16 regelt nur **Spezialfragen** des Verhältnisses von Register- u. Prozessgericht; sie trifft keine generelle Aussage zur Bindungswirkung von Entscheidungen des Prozessgerichts (hL). In **I** geht es um die Ersetzung der Mitwirkung eines (aufgrund Privatrechts) zur Anmeldung Verpflichteten durch Entscheidung des Prozessgerichts, während **II** davon handelt, wann der Widerspruch eines Beteiligten eine Eintragung in das Register verhindern kann. 1

b) Verhältnis von § 16 I zu § 894 ZPO. aa) Anmeldepflichten mehrerer Beteiligter gibt es va im GesR, zB §§ 106 VII, 141 I, 142 III, 147 I, 150, 161 II, 162, 175, § 81 AktG uö. Der daraus resultierende Mitwirkungsanspruch kann vor Zivilgerichten eingeklagt u. nach Vorschriften der ZPO vollstreckt werden: Obwohl die Anmeldung zum Handelsregister primär Verfahrenshandlung ist (→ § 12 Rn. 2), findet § 894 ZPO Anwendung (Staub/Koch/Harnos Rn. 1) mit der Maßgabe, dass die Anmeldungserklärung durch die rechtskräftige Entscheidung des Prozessgerichts ersetzt wird. Die Zeichnung von Unterschriften u. die Einreichung von Unterlagen wird nach § 888 ZPO vollstreckt. 2

bb) I 1, 2 bringt gegenüber § 894 ZPO eine zweifache **Erweiterung** (MüKoHGB/Krafka Rn. 2): **(1)** Eine Eintragung kann schon **vor** Rechtskraft einer Entscheidung erfolgen. Ein vorläufig vollstreckbares Urteil u. eine einstw Verfügung reichen aus; anders, wenn die Eintragungen nicht zu beseitigende Folgen haben, wie bei Löschung einer Firma, Auflösung einer Ges. **(2) I 1** erfasst auch Feststellungs- u. Gestaltungsentscheidungen. 3

c) Verhältnis zu § 381 FamFG. Um unnötige Ermittlungen u. widersprüchliche Entscheidungen des Register- u. Prozessgerichts zu vermeiden, gibt § 381 FamFG dem Registerrichter die Möglichkeit, das Verfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Rechtsstreits auszusetzen (S. 1), o., wenn ein Rechtsstreit noch nicht anhängig ist, einem der Beteiligten eine Frist zur Erhebung der Klage zu setzen (S. 2). Das Registergericht hat die Befugnis zur vollen Inzidentprüfung. Zur Behandlung von Beschlüssen in der AG u. GmbH → § 8 Rn. 23. **I** u. **II** führen zu einer Einengung des dem Registergericht in § 381 FamFG eingeräumten Ermessens. 4

2. Entscheidung des Prozessgerichts (I 1). a) Voraussetzungen. aa) I 1 setzt voraus, dass **mehrere Beteiligte** zur Anmeldung verpflichtet sind; er betrifft daher HandelsGes, nicht aber den Einzelkaufmann, dessen Anmeldung durch Registerzwang, § 14, herbeizuführen o. im Wege der Zwangsvollstreckung, § 894 ZPO, zu ersetzen ist. **I 1** ist unanwendbar, wenn **alle** Beteiligten die Anmeldung verweigern. **bb)** Es muss eine **vollstreckbare** Entscheidung des Prozessgerichts vorliegen. Dazu gehören: rechtskräftige (§ 325 ZPO) u. vorläufig vollstreckbare (§§ 708 ff. ZPO) Urteile (auch Feststellungs- o. Gestaltungsurteile; OLG Köln BeckRS 2013, 09764; Ebenroth/Boujong/Schaub Rn. 4) sowie einstw Verfügungen (§§ 932, 936, 944 ZPO; BayObLG ZIP 1986, 94); nicht: Prozessvergleiche, vollstreckbare Urkunden, Schiedssprüche (Oetker/Preuß Rn. 19; anders bei rechtskräftiger Vollstreckbarkeitserklärung; BayObLG WM 1984, 810), Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (da kein „Prozessgericht"). **cc) Entscheidungsinhalt.** Die Entscheidung muss eine privatrechtliche Mitwirkungspflicht (zB § 106 VII) o. ein Rechtsverhältnis, bzgl. dessen eine Eintragung zu erfolgen hat, **feststellen;** auch Leistungs- o. Gestaltungsurteile, aus denen sich die Feststellung ergibt (Staub/Koch/Harnos Rn. 14, 16). 5

b) Rechtsfolgen. aa) I 1 bestimmt, dass zur Eintragung die Anmeldung der **übrigen** Beteiligten genügt. Die Anmeldung muss iÜ alle sonstigen Voraussetzun- 6

gen (→ § 12 Rn. 2 ff.) erfüllen. **bb) I 1** ersetzt (fingiert; BGH ZIP 2002, 711) nur die Mitwirkung des Verurteilten. Prüfungsrecht u. -pflicht des Registergerichts besteht wie sonst (→ § 8 Rn. 22 f.), **begrenzt** durch die Bindungswirkung einer rechtskräftig gewordenen Entscheidung: Gestaltungsurteil (zB §§ 116 V, 124 V, 130 I Nr. 5, III, 134, 139 I; §§ 241 ff., 275 AktG), entspr. einstw Verfügung (zB § 127; BayObLG ZIP 1986, 94), Urteil bzgl. Abgabe einer Willenserklärung (§ 894 ZPO). Leistungs- u. Feststellungsurteile sind bindend nur innerhalb der persönlichen Grenzen der Rechtskraft (§§ 325 ff. ZPO). Das Registergericht kann hier Interessen Dritter u. der Allgemeinheit berücksichtigen u. – auch nach Aussetzung gem. § 381 FamFG – zu einer abw. Entscheidung kommen (Hopt/Merkt Rn. 1; enger Oetker/Preuß Rn. 22); dies insbes., wenn neue Tatsachen bekannt werden.

7 **c) Eintragung u. Bekanntmachung.** Eintragung: § 8; Bekanntmachung: § 10. Vermerk gem. § 18 HRV, dass Eintragung aufgrund einer rechtskräftigen o. vollstreckbaren Entscheidung des Prozessgerichts erfolgt.

8 **3. Aufhebung der Entscheidung. I 2** betrifft den Fall, dass mit der Aufhebung einer vorläufig vollstreckbaren Entscheidung o. einstw Verfügung die Grundlage für die Eintragung entfällt. **a) Voraussetzungen. aa)** Die Entscheidung nach **I 1** muss **aufgehoben** sein. Dies ist auch dann der Fall, wenn die Entscheidung in ihrem für **I 1** wesentlichen Teil abgeändert worden ist. IÜ muss diese Entscheidung **Grundlage** der Eintragung sein, dh der Verurteilte darf wg der Verurteilung nicht selbst tätig geworden sein. **bb)** Eintragung nach **I 2** erfolgt nur auf **Antrag,** der in der Form des § 12 zu stellen ist. **b) Rechtsfolge.** Das Registergericht vermerkt die Aufhebung der Entscheidung (ohne sachliche Überprüfung der Richtigkeit) gem. § 18 S. 2 HRV in der Spalte der Eintragung (keine Löschung). Damit wird der Rechtsverkehr gewarnt u. auf die Möglichkeit späterer Löschung hingewiesen.

9 **4. Vorbeugender Rechtsschutz (II).** Die Vorschrift dient der Durchsetzung einer die Eintragung für unzulässig erklärenden Entscheidung. **a) Voraussetzungen. aa)** Rechtskräftige o. vollstreckbare Entscheidung (→ Rn. 6) des Prozessgerichts. **bb) Inhalt:** Entscheidung muss Vornahme einer Eintragung für „unzulässig" erklären. Feststellung eines Rechtsverhältnisses reicht nicht aus; ebenso wenig Verbot der Einreichung oder Aufnahme einer neuen Gesellschafterliste iSv § 16 GmbHG (KG BeckRS 2022, 16444 Rn. 54 = MittBayNot 2023, 273; KG GmbHR 2016, 416; aA Bayer/Selentin GmbHR 2020, 1). **cc) Widerspruch** (formlos möglich) des Klägers. **b) Rechtsfolgen.** Eintragung darf nicht erfolgen. Das Registergericht ist an die Entscheidung des Prozessgerichts in demselben Umfang wie bei **I 1** gebunden (→ Rn. 8): Soweit die Bindungswirkung reicht, darf es die Rechtmäßigkeit der Entscheidung nicht nachprüfen. **c)** Erfolgt der Widerspruch **nach** der Eintragung, kann keine Löschung verlangt werden. Bei Eintragung nach Widerspruch steht dem Widersprechenden die Beschwerde, §§ 58, 59 FamFG, (ausnahmsweise; allg. → § 8 Rn. 27) mit dem Ziel der Löschung zu, weil sie sich nicht gg die Eintragung, sondern gg die Nichtbeachtung des Widerspruchs richtet. **d) II** auch (iVm §§ 935 ff. ZPO) anwendbar zur Verhinderung der Eintragung eines Hauptversammlungsbeschlusses einer AG (OLG München ZIP 2006, 2336).

Dritter Abschnitt. Handelsfirma

§ 17 [Begriff]

(1) **Die Firma eines Kaufmanns ist der Name, unter dem er seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgibt.**

(2) **Ein Kaufmann kann unter seiner Firma klagen und verklagt werden.**

Lit.: Kessen, Die Firma als selbständiges Verkehrsobjekt (2011); W-H Roth, Das neue Firmenrecht, in: Die Reform des Handelsstandes und der Personengesellschaften, 1999, 31; Wamser, Die Firmenmehrheit (1997).

Übersicht

	Rn.
I. Allgemeines	1
1. Grundsätze	1
2. Begriff	2
3. Rechtsnatur der Firma	3
4. Zweck des Firmenrechts	4
5. Andere Bezeichnungen	5
a) Überblick	5
b) Einfluss des Firmenrechts	6
6. Nichtkaufleute	8
II. Grundbegriffe	9
III. Ordnungsrechtliche Firmengrundsätze	10
1. Grundsatz der Firmenwahrheit	10
2. Firmenbeständigkeit	11
3. Firmeneinheit	12
4. Firmenklarheit u. -unterscheidbarkeit	13
5. Rechtsformpublizität	14
IV. Entstehen, Erlöschen, Änderung, Übertragung, Gebrauch	15
1. Entstehen	15
2. Erlöschen	16
a) Einzelkaufmann	16
b) OHG, KG	17
c) Handelsgesellschaften iÜ	18
d) Anmeldung	19
3. Änderung	20
4. Übertragung der Firma	21
5. Gebrauch	22
V. Die Firma im Prozess, in der Zwangsversteigerung u. der Insolvenz	23
1. Erkenntnisverfahren	23
2. Zwangsvollstreckung	24
3. Insolvenz	25
VI. Internationales Firmenrecht	25a
1. Grundsätze	25a
2. Schutz	27

I. Allgemeines

1. Grundsätze. Das deutsche Firmenrecht ist geprägt von drei Grundsätzen: **(1)** Weitestgehende **Gestaltungsfreiheit.** Es gibt keinen Zwang zur Bildung einer Personen- o. Sachfirma; es ist zulässig, **Fantasiefirmen** zu bilden, **§ 18 I.** Gesetzliche Schranken: → § 18 Rn. 1. **(2)** Diese Freiheit besteht nur im Rahmen eines die ganze Firma umfassenden **Irreführungsverbots,** mit materiell- u. verfahrensrechtlichen **Einschränkungen, § 18 II. (3)** Die kaufmännisch Gewerbetreibenden müssen ihre Rechtsform in die Firma aufnehmen: **Rechtsformpublizität, § 19 I Nr. 1–3, II.** **1**

2. Begriff. I enthält eine **Legaldefinition:** Die Firma ist der **Handels- (Geschäfts-)name** des (Form-)Kaufmanns als Unternehmensträger, nicht das **2**

Unternehmen selbst (anders der Sprachgebrauch). Sie ist damit subjektsbezogen, hat aber auch eine unternehmensbezogene Dimension (→ Rn. 15; §§ 22–24). **a)** „Name" iSv § 17 meint die **Bezeichnung** (Personen-, Sach-, Fantasiefirma, → Rn. 10) einer (natürlichen; jur.) Person oder rechtsfähigen Personengesellschaft (§ 105 II, III; §§ 705 II, III, 707b Nr. 1 BGB nF) u. weist als solche auf den **Träger** des Unternehmens hin. Der Handelsname kann auch Drittname sein (→ § 18 Rn. 15c). **b)** Als **Handelsname** ist die Firma in das Handelsregister einzutragen, § 29, u. im Geschäftsverkehr zu führen (→ Rn. 22). Bei Geschäften unter der Firma wird der jeweilige Unternehmensträger berechtigt u. verpflichtet (BGHZ 62, 219; 64, 14; → Vor § 48 Rn. 4). **c) Firmenfähig,** dh dem Firmenrecht u. den daraus resultierenden Pflichten unterworfen sind: **aa)** der Kaufmann (§ 1 I; einschl. § 33); **nicht:** kleingewerblich Tätige (→ Vor § 1 Rn. 11; → § 1 Rn. 42 ff.; zur analogen Anwendung → Rn. 6), Kaufmann kraft Rechtsscheins (→ § 1 Rn. 38), Freiberufler; nach MoPeG, BGBl. 2021 I 3436, kann auch die eingetragene GbR gem. § 707b Nr. 1 BGB nF iVm § 18 eine Firma haben; auf die nicht eingetragene GbR ist die Anwendung des Firmensrechts weiterhin nicht geboten, RegBegr BT-Drs. 19/27635, 133; **bb)** HandelsGes (Begriff: → § 6 Rn. 2 f.); **cc)** die ein Handelsgewerbe iSv § 1 I betreibenden jur. Personen (dazu §§ 33–35), öffentl. Unternehmen sowie Vor-GmbH (BGH ZIP 1993, 145) u. Vor-AG (wenn sie unter § 1 II fallen; mit „iGr" in das Handelsregister einzutragen, wenn Gesellschafter einer OHG o. KG).

3 **3. Rechtsnatur der Firma.** Absolutes subjektives Recht (Schutz: § 37 II); es hat nach hL *Doppelnatur* (auch bei Fantasiefirma; Canaris § 10 Rn. 7; vgl. BGHZ 98, 97; auch Schmidt § 12 Rn. 35): **Persönlichkeits**-(Namens-)**recht** (darauf beschränkt in RGZ 158, 230) u. **Kennzeichnungs-**(Immaterialgüter-)**recht** (auf letzteres beschränken es Fezer ZHR 1997, 55; J W Flume DB 2008, 2012; Kessen 66 ff.). Die Firma als Namensrecht des Unternehmensträgers ist zu unterscheiden vom bürgrechtl. Namensrecht. Den Schutz des letzteren bezwecken §§ 22 I, 24 II. Das Firmenrecht unterscheidet sich vom Namensrecht hinsichtlich seiner Entstehung u. seines Erlöschens (→ Rn. 18 f.). Es ist, anders als das Namensrecht, vererblich (vgl. § 22 I). Soll der bürgrechtl. Name eines Gesellschafters in die Firma aufgenommen werden, bedarf dies der **Gestattung** (Zustimmung) des namensgebenden Gesellschafters; formlos, aber unzweideutig (→ § 22 Rn. 3). Die Gestattung kann zeitlich beschränkt, insbes. auf die Zugehörigkeit des Gesellschafters zur Ges. begrenzt sein (auch konkludent; Frage der Auslegung); daran schließt § 24 II an. GesVertrag kann anderes vorsehen (RGZ 158, 232). **Lit.:** J W Flume DB 2008, 2011; Bartels AcP 209, 309.

4 **4. Zweck des Firmenrechts.** Das Firmenrecht behandelt spezifisch **namensrechtl.** Probleme; iÜ ist es **Ordnungsrecht,** das die Öffentlichkeit vor täuschender Firmenführung u. vor Verwechslungen (§ 30) schützen u. über Haftungsverhältnisse informieren will.

5 **5. Andere Bezeichnungen. a) Überblick.** Von der Firma iSv **I** werden traditionell unterschieden (zur Abgrenzung → Rn. 8): **aa) Kurzbezeichnungen, Firmenschlagworte:** zB BMW, DVZ, Magirus (vgl. BGHZ 4, 169; 19, 28 ff.; WM 1988, 431); sie können jedoch **auch Firma** sein (→ Rn. 6). Zu ihrem Gebrauch bei abw. Firma: → Rn. 7. Schutz nach § 12 BGB, § 15 MarkenG, wenn Namensfunktion u. Unterscheidungskraft bzw. Verkehrsgeltung gegeben. Als Kennzeichnungsrecht auch übertragbar (→ Rn. 8). **bb) Marken:** Sie kennzeichnen die Herkunft der Ware aus einem Unternehmen. Bildung: § 3 I MarkenG. Schutz: § 14 MarkenG. **cc) Geschäfts-, Unternehmens-** u. **Etablissementsbezeichnungen** beziehen sich auf das Unternehmen bzw. eine Betriebsstätte, zB bei Gaststätten, Hotels, Fahrschulen usw. Bsp.: „Parkhotel" (BGH DB 1976, 2057); „Weißer

Hirsch" (RG JW 1929, 1226); „Teppichhaus"; „Fahrschule Merkur" (OLG Karlsruhe DB 1991, 272). Sie können als Firma (→ Rn. 6), aber auch von Nichtkaufleuten verwendet werden. Schutz als ausschließliche Rechte gem. §§ 5 II 1, 15 MarkenG (→ Rn. 8) u. bei entspr. Unterscheidungskraft: § 12 BGB. **dd) Geschäftsabzeichen** u. **sonstige Einrichtungen** zur Kennzeichnung des Geschäftsbetriebs, zB Telegrammadressen, Fernsprechnummern (BGHZ 8, 389), bildliche Abzeichen, einheitliche Fassadengestaltung. Schutz: §§ 5 II 2, 15 MarkenG. Abgrenzung zur Firma: → Rn. 8. **ee)** Name der **Partnerschaft** für Freiberufler: § 2 I, II PartGG nF. Schutz: § 2 II PartGG nF iVm § 37 I, II. → § 19 Rn. 3.

b) Einfluss des Firmenrechts. aa) Aufgrund der Firmengestaltungsfreiheit (§ 18 I) können die in → Rn. 5 genannten Bezeichnungen auch als **Firma** verwendet werden (Schmitt 208). Dabei muss Bezeichnung den Geschäftsinhaber individualisieren können (BFH NZG 2014, 1239 f.); Rechtsformzusatz, § 19 I, „AG" etc erforderlich. Für Bildung gilt dann § 18 I, II. Verwendung von Geschäftsbezeichnungen *neben* einer Firma ist möglich (Ebenroth/Boujong/Reuschle Rn. 12). Verwendung durch **Nichtkaufleute:** → Rn. 8. Für die in → Rn. 5 genannten Bezeichnungen sind iÜ die Vorschriften über Firmenbildung nicht (unmittelbar) anwendbar. Für ihre Bildung gelten zB § 3 I MarkenG bzw. § 2 II PartGG; iÜ ist sie frei (BGH NJW 1991, 2024). Die Bezeichnungen können (soweit nicht Teil einer Firma) nicht ins Handelsregister eingetragen werden. **6**

bb) Der **Gebrauch** einer Bezeichnung iSv → Rn. 5, die nicht Firma (→ Rn. 6) ist, durch Kaufleute ist firmen-(ordnungs-)rechtl. nur unzulässig, wenn sie in **firmenähnlicher** Weise **verwendet** wird, dh nach der Verkehrsauffassung in der Führung einer Bezeichnung die Benennung des Geschäftsinhabers liegt: Erwartet der Verkehr die Führung einer Firma, muss der Unternehmensträger die volle Firma (einschließlich des Rechtsformzusatzes) verwenden (**Firmenführungspflicht;** → Rn. 22): im rechtsgeschäftlichen Verkehr, etwa bei Briefbögen (§§ 37a, 125a), Preisverzeichnissen, anderen Geschäftspapieren (OLG Stuttgart WRP 1960, 322), Eintragung in Telefonbüchern (BayObLGZ 1960, 345 (352)) u. Adressbüchern. Weniger streng ist die Rspr. bei **Werbung,** zB in Katalogen, Zeitschriften etc. Hier kann der Unternehmensträger von der Firma abw. Bezeichnungen o. Schlagworte (OLG Stuttgart BB 1991, 993) verwenden. Unzutreffende Rückschlüsse des Verkehrs auf vermeintliche Firma sind hinzunehmen (BGH NJW 1991, 2023). Zur Firmierung im Franchisesystem OLG Bremen NJW 1994, 1292; Ullmann NJW 1994, 1255. Immer ist darauf zu achten (auch beim Gebrauch von Marken), ob nach den Umständen die konkrete Verwendung vom Verkehr nicht als Hinweis auf den Inhaber, also als Firma verstanden wird. Sonst Verstoß gg Grundsatz der **Firmeneinheit** (→ Rn. 15; BGH NJW 1991, 2024; W-H Roth ZGR 1992, 635; aA Frey DB 1993, 2170). Fehlen des Rechtsformzusatzes ist Indiz für nichtfirmenmäßigen Gebrauch (→ Rn. 8). Für Zwecke des § 5 III Nr. 2 UWG reicht Geschäftsbezeichnung nicht; es muss vollständige Firma, einschließlich des Rechtsformzusatzes, geführt werden (BGH GRUR 2013, 1169 Rn. 12; OLG Jena BeckRS 2015, 09910 Rn. 6). **7**

6. Nichtkaufleute. a) Nichtkaufleute sind **nicht firmenfähig.** Die von ihnen geführten **Namen** u. **Geschäftsbezeichnungen** (→ Rn. 5) unterfallen dem Schutz von § 12 BGB, §§ 5 II, 15 MarkenG (Ebenroth/Boujong/Reuschle Rn. 10). Geschäftsbezeichnungen gehören wie die Firma zu den **Immaterialgüterrechten;** sie sind übertragbar (→ § 22 Rn. 6) u. vererblich (zutr. Schmitt 221). **b)** Geschäftsbezeichnungen kennzeichnen das Geschäftslokal bzw. den Betrieb, nicht den Unternehmensträger. Zu ihnen zählen auch pauschale Branchenbezeichnungen („Supermarkt"; OLG Köln NZG 2012, 188; „China-Restaurant"). Verkehrsverständnis als Firma macht Geschäftsbezeichnung unzulässig (HaKo-HGB/Lamsa Rn. 15). Aber: die **Abgrenzung** zwischen kaufmännischer Firma u. (nichtkaufmännischer) **8**

Geschäftsbezeichnung verläuft heute **primär** über den in § 19 I Nr. 1–3 statuierten Rechtsformzusatz (Hopt/Merkt Rn. 15; Ebenroth/Boujong/Reuschle Rn. 11): Fehlt ein solcher, liegt idR keine firmenmäßige Verwendung, sondern Geschäftsbezeichnung vor (Bonn NJW-RR 2005, 1560; offen BGH NZG 2014, 459 Rn. 8; W-H Roth 48; Schmitt 210). Dies gilt für Nichtkaufmann wie für Kaufmann mit abw. Firma (→ Rn. 7). Nichtkaufleute können für ihre Geschäftsbezeichnung auch verwenden: Familien- u. Vornamen, geschäftsbeschreibende Zusätze, Inhaber- u. Nachfolgezusätze, Hinweise auf familiäre Beziehungen („Gebrüder", „Geschwister"), aber auch Verbindungskürzel wie „& Co" u. „& Cie", die früher im Verkehr als Hinweis auf eine Kaufmannsstellung verstanden wurden (vgl. Ebenroth/Boujong/Reuschle Rn. 9a). Verwendung eines Rechtsformzusatzes iSv § 19 I (zB „e. K."; „OHG") durch Nichtkaufleute ist unzulässig; evtl. allg. Rechtsscheingrundsätze anwendbar (→ § 15 Rn. 47); ebenso § 37 I. **c)** Geschäftsbezeichnungen unterstehen dem Grundsatz der **Kennzeichnungswahrheit.** Täuschender Gebrauch ist unzulässig. **Analog** anwendbar sind: §§ 18 II 1 (Irreführung bei „Fabrik"; Ebenroth/Boujong/Reuschle Rn. 11), 22–24 (zu § 24 bei GbR: OLG München NZG 2000, 367; OLG Nürnberg NJW-RR 2000, 700); **nicht:** § 25, dort → § 25 Rn. 3. **d)** § 37 ist **analog** anwendbar (BayObLG NJW 1999, 297). Registergericht kann bei Verstoß gg § 19 I o. § 18 II 1 (im Rahmen des § 18 II 2) gem. **§ 37 I** vorgehen (hL). Daneben: § 37 II, §§ 3, 5, 5a, 8 UWG, § 15 MarkenG, § 12 BGB.

II. Grundbegriffe

9 Die **Firma** besteht aus **zwei Elementen: (1)** In ihrem den Kaufmann **kennzeichnenden Teil** können Namen, Geschäftsgegenstand u. Fantasieworte verwendet u. beliebig miteinander kombiniert werden. **(2)** Hinzukommen muss der **Rechtsformzusatz** iSv § 19 I Nr. 1–3. **Begriffe:** Die **Personenfirma** ist dadurch charakterisiert, dass der Firmenkern durch einen Namen (Einzelheiten → § 18 Rn. 3; auch Fiktiv-, u. Drittnamen; OLG Jena GmbHR 2010, 1094; OLG München ZIP 2012, 2393; zur Irreführungsgefahr → § 18 Rn. 15c) gebildet wird. „Dr."-Titel ist (gewohnheitsrechtlich) eintragbar (BGH ZIP 2017, 1067 Rn. 26). Die Verwendung des Namens in der Firma hat Bedeutung im Insolvenzverfahren (→ Rn. 25) sowie bei §§ 22 I, 24 II. In der **Sachfirma** wird auf (irgend-)einen Unternehmensgegenstand („Kohlehandlung"; „Hüttenwerke") Bezug genommen (iÜ → § 18 Rn. 4). Die **Fantasiefirma** verwendet Worte bzw. Zeichen, die sich weder als Personen- noch als Sachfirma eignen. Die **Mischfirma** (Ebenroth/Boujong/Reuschle § 18 Rn. 34) ist aus Elementen der Sach-, Personen- o. Fantasiefirma zusammengesetzt. Die Unterscheidung zwischen Personen-, Sach- u. Mischfirma hat im Wesentlichen nur **beschreibenden** Charakter; es gilt Firmengestaltungsfreiheit (→ Rn. 1). **Einzelfirma** u. **Gesellschaftsfirma** unterscheiden sich nach dem jeweiligen Unternehmens**träger.** Die **ursprüngliche** Firma ist der mit **erstmaligem** Gebrauch bzw. Eintragung geschützte Name des Kaufmanns (der HandelsGes); eine **fortgeführte** Firma gibt den früheren Inhaber an, §§ 22–24.

III. Ordnungsrechtliche Firmengrundsätze

10 **1. Grundsatz der Firmenwahrheit.** Der Grundsatz der **Firmenwahrheit** ist in § 18 II verankert. Danach ist eine Irreführung des Publikums durch die Firma zu vermeiden (→ § 18 Rn. 5 f.). Das in § 23 statuierte Verbot der Veräußerung der Firma ohne das Handelsgeschäft soll Fehlvorstellungen des Verkehrs verhindern. **Einschränkungen** erfährt der Grundsatz durch §§ 22 u. 24, sowie durch materiellrechtliche („wesentlich") u. verfahrensrechtliche („ersichtlich") Restriktionen im Tatbestand des § 18 II.